

**Bitte den Antrag digital oder in Druckschrift ausfüllen.** Beantworten Sie bitte **alle** Fragen.  
Zutreffendes bitte ankreuzen  oder ausfüllen. Nichtzutreffendes mit "entfällt" oder "nicht zutreffend" kennzeichnen. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, so machen Sie weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.

**Für Minderjährige ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.**

**Datenschutzrechtliche und andere Hinweise siehe Seite 7 des Antrages!**

Personen-/Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher, weiblicher und diverser Form.

## Antrag auf Einbürgerung

Ich beantrage meine **Einbürgerung**.

### 1. Über meine persönlichen Verhältnisse mache ich folgende Angaben:

#### 1.1 Angaben zur Person

##### Antragsteller/Einbürgerungsbewerber:

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Staat, Kreis
Wohnanschrift Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden	
Tag und Ort der Eheschließung	

##### Ehegatte

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnanschrift Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	

##### Frühere Ehen

Frühere Ehen des Einbürgerungsbewerbers <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
1. Ehe	von	bis	aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten		
2. Ehe	von	bis	aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten		

## 1.2 Status

### Staatsangehörigkeitsverhältnisse:

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
sie ist/sind belegt (wenn ja, durch: Pass, Staatsbürgerschaftsnachweis usw.) <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch:		
Frühere Staatsangehörigkeit(en)		
1)	2)	3)
Grund des Verlustes		
1)	2)	3)
Verlust ist belegt durch		
1)	2)	3)
Volkszugehörigkeit		
besonderer Status	Vertriebener nach dem BVFG <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	heimatloser Ausländer <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Asylberechtigter <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	ausländischer Flüchtling <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Status belegt durch	
Deutscher Reiseausweis erteilt	am	durch
Gründe für die Asylgewährung bestehen fort <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
Aufenthaltsberechtigung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Aufenthaltsurlaubnis <input type="checkbox"/> ja, gültig bis <input type="checkbox"/> nein	

### 1.3 Wehrdienst:

wehrpflichtig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	von Wehrpflicht befreit <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Wehrdienst abgeleistet <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
anderer Militärdienst <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	wenn ja, in wessen Diensten	Zeitraum von bis

### 1.4 Auslandsaufenthalte

von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)

### Inlandsaufenthalte (bei Bedarf Zusatzblatt verwenden)

von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)

## Schulausbildung

Bitte jeweils angeben: Zeiten, Schulart, Abschluss, Staat

## Berufsausbildung

Bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Abschluss, Staat

## Arbeitsverhältnisse/selbstständige Tätigkeiten der letzten 10 Jahre

Bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Anschrift des Arbeitgebers

## 1.5 Eltern

### 1.5.1 Leibliche Eltern

Eheschließung Tag	Ort	Staat
----------------------	-----	-------

### Vater

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	
bereits verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	

### Mutter

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	
bereits verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	

**Nur zu beantworten, wenn Einbürgerungsbewerber minderjährig ist.**

Die Ehe der Eltern besteht fort. <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein   Wenn nein, dann bitte auch die beiden folgenden Fragen beantworten.
Einbürgerungsbewerber wird vertreten durch (z. B. "Vater", "Mutter" oder Name der berechtigten Person)
Das Recht der Vertretung beruht auf (Angabe der Gesetzesbestimmung oder der gerichtlichen Anordnung)

**1.5.2 Adoptiveltern**

Adoptionsvertrag/Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts vom		
Eheschließung Tag	Ort	Staat
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)		

**Adoptivvater**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	
bereits verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	

**Adoptivmutter**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	
bereits verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	

**2. Kinder** (Hier sind minderjährige Kinder und volljährige, eheliche und nichteheliche Kinder einzusetzen. Bei Bedarf Zusatzblatt verwenden.)

**1. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

**2. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

**3. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

**4. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

**5. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

**6. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

**7. Kind**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> Das Kind soll mit eingebürgert werden.

Von diesen Kindern bitte jeweils die laufende Nummer (Kind 1 – 7) von oben entsprechend auswählen.

Welche Kinder stammen aus <b>jetziger</b> Ehe Kind: <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> 6 <input type="checkbox"/> 7	stammen aus <b>früherer</b> Ehe Kind: <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> 6 <input type="checkbox"/> 7	sind nichtehelich Kind: <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> 6 <input type="checkbox"/> 7
--	--	--

### 3. Familieneinheit

Familien- und Vorname der Familienmitglieder (Ehegatte und minderjährige Kinder), die <b>nicht</b> mit eingebürgert werden sollen
Gründe

### 4. Sprachkenntnisse / strafbares Verhalten / wirtschaftliche Verhältnisse

#### 4.1 Herkunft deutscher Sprachkenntnisse

Verfügen Sie über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Ich habe dazu erfolgreich an einem Sprachkurs auf der Basis eines Zertifikates Deutsch <input type="checkbox"/> B1/ <input type="checkbox"/> B2 / <input type="checkbox"/> C1/ <input type="checkbox"/> C2 teilgenommen.
<input type="checkbox"/> Ich habe dazu erfolgreich einen Integrationskurs nach § 43 AufenthG besucht und verfüge über ein Zertifikat.
<input type="checkbox"/> Ich habe vier Jahre eine deutsche Schule besucht und verfüge über die Jahreszeugnisse.
<input type="checkbox"/> Ich habe dazu erfolgreich eine Schule besucht und verfüge über ein Abschlusszeugnis.
<input type="checkbox"/> Ich habe dazu erfolgreich eine Berufsausbildung in Deutschland abgeschlossen und verfüge über ein Zeugnis.
<input type="checkbox"/> Ich habe dazu erfolgreich eine deutsche Hochschule besucht und verfüge über einen akademischen Grad.
<input type="checkbox"/> Ich habe die deutsche Sprache in meinem Elternhaus erworben.
<input type="checkbox"/> Ich habe die deutsche Sprache an einer Sprachschule erworben und verfüge über ein Diplom.
<input type="checkbox"/> Ich habe die deutsche Sprache
<b>Bitte eine Kopie des entsprechenden Nachweises beifügen!</b>
Bezeichnung und Anschrift des Bildungsträgers (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

#### 4.2 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Angaben über Daten, erkennendes Gericht, Tatbestand und Strafmaß noch nicht getilgter <b>Vorstrafen</b>
Angaben über Datum, Behörde, Tatbestand und Buße bei <b>Ordnungswidrigkeiten</b> der letzten 3 Jahre
Angaben über anhängige/offene Ermittlungsverfahren



## 6. Begründung des Einbürgerungsantrages

### **Verwaltungsgebühr:**

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung, die Ablehnung oder die Zurücknahme des Antrages eine Verwaltungsgebühr zu erheben ist. Die Gebühr für eine Einbürgerung beträgt 255,- Euro. Für miteinzubürgernde minderjährige Kinder ohne eigene Einkünfte reduziert sich die Gebühr auf 51,- Euro.

## 7. Datenschutzrechtliche und andere Hinweise

Mit meiner nachstehenden Unterschrift bestätige ich bzw. mein Ehegatte, dass ich/wir im Zusammenhang mit meinem Antrag auf Einbürgerung über die im Folgenden näher bezeichneten Umstände unterrichtet wurden:

### **Mitwirkungspflicht:**

Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, alle Veränderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich der Einbürgerungsbehörde mitzuteilen, sofern sie für das Einbürgerungsverfahren von Bedeutung sind. Insbesondere betrifft das Änderungen des Personenstandes, des Wohnsitzes und der Einkommensverhältnisse (z. B. Bezug von Sozialleistungen) sowie Angaben über Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Straftaten.

Die Richtigkeit meiner Angaben versichere ich.

Ich bin darüber informiert, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Rücknahme der Einbürgerung führen können.

### **Datenschutz:**

Hinweise zum Datenschutz im Einbürgerungsverfahren erhalten Sie im „Hinweisblatt EU-Datenschutz-Grundverordnung“. Allgemeine Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter:

<https://www.salzlandkreis.de/system/datenschutzerklaerung>



**Einholung von Auskünften und Unterlagen:**

Mir ist bekannt, dass zur Bearbeitung meines Antrages und zur Überprüfung meiner Angaben Rückfragen an andere Behörden erforderlich sind. Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde alle notwendigen Auskünfte über meine Person und ggf. über meinen Ehegatten einholt, ohne die eine Bearbeitung des Antrages nicht möglich ist, insbesondere bei:

- Sozial- und Arbeitsämtern zu Fragen der Unterhaltsfähigkeit (§ 67 SGB X);
- Finanzbehörden über meine Einkommensverhältnisse und etwaige Steuerverfahren;
- Meldebehörden zu Fragen des Wohnsitzes und der Aufenthaltsdauer, ggf. auch zur Bestätigung der Staatsangehörigkeitsangaben des Ehegatten im Falle des § 9 StAG;
- Standesämtern zu Fragen des Personenstandes;
- Polizei und Staatsanwaltschaft zu Fragen hinsichtlich Ermittlungsverfahren oder Straftaten;
- Ausländerbehörden zu meinen ausländerrechtlichen Verhältnissen;
- Amtsgerichten zur Frage der Eintragung ins Schuldnerverzeichnis;
- Verfassungsschutzbehörden zu Fragen hinsichtlich extremistischer Bestrebungen;
- Generalbundesanwalt zur unbeschränkten Auskunft aus dem Bundeszentralregister (§ 53 Abs. 2 Bundeszentralregistergesetz) sowie
- anderen, auch ausländischen Behörden, sofern dies für die Entscheidung über meinen Antrag notwendig ist.

**8. Unterschriften**

Mit der nachstehenden Unterschrift beantrage ich den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Die auf den Seiten 1 bis 8 gemachten Angaben entsprechen der Wahrheit.

Ich bin belehrt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung nach § 42 StAG eine Straftat darstellen.

Ort, Datum	Unterschrift(en) der/des Einbürgerungsbewerber(s) oder der/des gesetzlichen Vertreter(s)
------------	--

**Miteinbürgerung von Kindern**

Ich/Wir beantragen hiermit die Miteinbürgerung folgender Kinder.	
Ort, Datum	Unterschrift(en) der/des gesetzlichen Vertreter(s)

**Minderjährige Einbürgerungsbewerber über 16 Jahre**

Dem Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit stimme(n) ich/wir zu.	
Ort, Datum	Unterschrift(en) der/des gesetzlichen Vertreter(s)

**Anlage**

Merkblatt über benötigte Unterlagen im Einbürgerungsverfahren

**Bearbeitungsblatt zum Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung  
des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland**

**-Loyalitätserklärung-**

1.	Familienname, Vorname	Geburtstag und -ort
----	-----------------------	---------------------

2. Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem nachfolgenden Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin. Nachdem ich von dem Inhalt der von mir erwarteten Loyalitätserklärung Kenntnis genommen habe, teile ich wahrheitsgemäß mit, dass

ich niemals Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe; ich werde daher die Loyalitätserklärung nach Nr. 4 abgeben (weiter mit 4.)

ich in der Zeit von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe. Hierzu mache ich folgende Angaben:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

ich mich seit \_\_\_\_\_ von diesen Bestrebungen gelöst habe; ich werde daher die Loyalitätserklärung nach Nr. 5 abgeben (weiter mit 5.).

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolge oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

3.1 Die Unterrichtung ist im Zusammenhang mit der Antragstellung

mündlich

schriftlich durch Aushändigung eines Abdrucks dieses Bearbeitungsblattes

erfolgt.

3.2 Die Loyalitätserklärung ist

in meiner Gegenwart vom Antragssteller unterzeichnet worden.

schriftlich eingereicht worden.

3.3 Bemerkungen:

Ort, Datum	Behörde	Unterschrift
Bernburg(Saale),		

<p>4. In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende</p> <p style="text-align: center;"><b>Loyalitätserklärung</b></p> <p>ab:</p>	
<p>4.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehende Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,</li> <li>• die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehende Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,</li> <li>• das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,</li> <li>• die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung</li> <li>• die Unabhängigkeit der Gerichte,</li> <li>• den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft</li> <li>• die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und</li> <li>• dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.</li> </ul>	
<p>4.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder</li> <li>• eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder</li> <li>• durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.</li> </ul>	
Ort, Datum	Unterschrift

<p>5. In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende</p> <p style="text-align: center;"><b>Loyalitätserklärung</b></p> <p>ab:</p>	
<p>5.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehende Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,</li> <li>• die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehende Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,</li> <li>• das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,</li> <li>• die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung</li> <li>• die Unabhängigkeit der Gerichte,</li> <li>• den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,</li> <li>• die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und</li> <li>• dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.</li> </ul>	
<p>5.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder</li> <li>• eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder</li> <li>• durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.</li> </ul>	
<p>5.3 Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen habe ich mich abgewandt.</p>	
Ort, Datum	Unterschrift



## Informationsblatt für Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber zum Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

### Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt.

Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt.

Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

### Was bedeutet dies konkret?

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Auf der Folgeseite werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert.

### **1. Demokratie und Volksherrschaft**

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

### **2. Achtung der Grundrechte**

Die Grundrechte ermöglichen dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner religiösen Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

### **3. Gewaltenteilung**

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und der Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe oben unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

### **4. Rechtsstaatsprinzip**

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

### **5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung**

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

### **6. Unabhängigkeit der Gerichte**

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

### **7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien**

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

### **8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition**

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für Ihre **Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

**Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.**

**Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,**

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden, und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.

**Bekennnis nach § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a  
Staatsangehörigkeitsgesetz**

***„Ich bekenne mich***

- a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie***
  
- b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.“***

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

## Merkblatt über benötigte Unterlagen im Einbürgerungsverfahren

Ihrem Antrag fügen Sie bitte folgende Unterlagen bei:

- **Eigenhändig, handschriftlich geschriebener Lebenslauf in deutscher Sprache** von Einbürgerungsbewerbern, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben. Der Lebenslauf soll möglichst genau über die persönlichen und familiären Verhältnisse, die Ausbildung, die beruflichen Tätigkeiten und die bisherige Staatsangehörigkeit Auskunft geben, und nicht in tabellarischer Form abgefasst sein.
- Kopie der Ausweispapiere (aktueller Reisepass, Reiseausweis, Personalausweis usw.)
- Kopie der Aufenthaltserlaubnis/Niederlassungserlaubnis/Aufenthaltsgestattung
- Nachweis der derzeitigen Staatsangehörigkeit(en)
- Nachweis über Besitz und Verlust einer früheren Staatsangehörigkeit
- Kopie der Geburtsurkunde des Antragstellers und Übersetzung durch einen in Deutschland vereidigten Übersetzer
- Kopie der Geburtsurkunden der Kinder (mit Übersetzung durch einen in Deutschland vereidigten Übersetzer, wenn Kind im Ausland geboren)
- unterschriebene Loyalitätserklärung (Vordruck siehe Internetseite)
- Nachweis Kenntnisse der deutschen Sprache auf Niveau B1, wenn kein deutscher Schulabschluss oder Berufsausbildung vorhanden ist
- Kopie Einbürgerungstest, wenn kein deutscher Schulabschluss

Mit Beginn der Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrags erhalten Sie einen Brief und eine Einladung zu einem Termin. Zu diesem Termin sind die oben genannten Urkunden und Unterlagen im Original vorzulegen. Außerdem werden noch weitere, aktuelle Bescheinigungen - wie zum Beispiel Verdienstbescheinigungen - abgefordert werden.

Die Bearbeitung Ihres Antrags kann auf Grund eines derzeit hohen Antragsaufkommens längere Zeit in Anspruch nehmen. Wir bitten um Ihr Verständnis.